

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

Zu Anfang dieses Jahres schauen wir mit Sorge auf das, was 2020 auf uns zu kommt bzw. zukommen könnte. Aufgrund der Handelskonflikte wird die Industrie Deutschlands in die **Rezession** abrutschen, der Export wird stagnieren, während der Konsum, IT und die Bauwirtschaft boomen werden. Sorgenvoll sehen wir auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas sowie auf die Wahlen in den USA. Die Automobilindustrie tritt auf die Kostenbremse und fährt auf die Schiene Elektromobilität, während Chemieunternehmen und Maschinenbauer den Nachfragerückgang der Kunden deutlich spüren. Bisher war die Autoindustrie der Motor für Deutschlands Boom. Jetzt zieht sie die Gesamtwirtschaft nach unten. Die EZB macht mit ihrer Null-Zins-Politik den Banken mächtig zu schaffen. Unternehmen sind unsicher, fahren ihre Investitionen zurück und dämpfen damit das Wachstum. In der Bibel steht, dass sieben fetten Jahren (wir hatten zehn) sieben magere Jahre folgen. Wenn Ende 2020 ein Minimalwachstum stehen würde, wäre das ein Erfolg. Schuld wären auch viele Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, sodass mehr produziert wird. Wenn Deutschland seine Lohnstückkosten (wir liegen 16% über Italien und Frankreich sowie 30% über Spanien) nicht zurückfährt, verlieren wir Anteile am Weltmarkt. In der EU zahlen die Deutschen die höchsten Strompreise (fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der EU). Deutsche Unternehmen führen 23% ihrer Gewinne an „Vater Staat“ ab (doppelt so viel wie im EU-Durchschnitt). Vor der Kanzlerschaft Gerhard Schröder war Deutschland der „kranke Mann Europas“ aufgrund zu hoher Kosten bzw. der Bürokratie. Die GroKo muss die Prioritäten (weg vom Lieblingsthema Klima und wie man das subventioniert) z.B. auf Konjunkturprogramme verlagern. Als Exportnation sind wir vom globalen Handel abhängig – dafür muss die Politik etwas tun. Die mit kräftiger Unterstützung Macrons ernannte EZB-Chefin Christine Lagarde wird die Politik des „leichten Geldes“ fortsetzen. Damit entschuldet sie überschuldete Staaten und erleichtert deren Kreditaufnahme. Die Sparer allerdings werden enteignet. Sie treibt mit der Niedrigzinspolitik die Finanz- und Wirtschaftsmärkte in eine Sackgasse. Für uns Deutsche bedeutet das, den Gürtel nicht nur im nächsten Jahr enger zu schnallen. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen: So ist die Marschrichtung für uns Deutsche. Die fetten Jahre sind vorbei!

Wir schrieben bereits 2017 in unserer Information über **Nord Stream 2**, als der USA-Präsident Trump gegen dieses Projekt wettete und Sanktionen androhte. Jetzt fehlen noch ca. 160 km von insgesamt 1.230 km Rohrleitung vom russischen Ust-Luga bis Lubmin bei Greifswald. Jüngst erließen die USA Sanktionen gegen alle am Pipelinebau beteiligten Unternehmen. Die Schweizer Allseas warf das Handtuch und zog die „Solitaire“ (eines der größten Schiffe seiner Art) zurück. Aus Asien könnte das weltweit größte Arbeitsschiff „Pioneering Spirit“ angeschafft werden, das ca. 5 km am Tag verlegen kann. Die Überführung dauert allerdings zu lange. Präsident Putin bietet das Verlegeschiff „Akademik Tscherski“ an, was in ca. einem Monat in der Ostsee sein könnte. Fakt ist: Die USA fürchten um den Absatz ihres teuren Flüssiggases, Russland braucht die Devisen und Westeuropa braucht das Gas. Die Bundeskanzlerin setzt auf Russland als jahrzehntelangen verlässlichen Partner. Jetzt wollen Gazprom und die russische Regierung die Gaspipeline mit eigenen Mitteln fertigstellen. Auf jeden Fall verzögert sich die 8-10 Mrd. € teure Investition (ursprüngliche Inbetriebnahme Anfang 2020), die Gazprom sich mit 5 westeuropäischen Unternehmen teilt. Wintershall und Uniper (beide Deutschland), OMV (Österreich), Royal Dutch

Shell (Niederlande und Großbritannien) und Engie (Frankreich). Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer wurde nach ihrer Meinung zu diesem Projekt befragt und sie gab die lockere und flockige Antwort: Wir sind dabei, zu diversifizieren. Wir haben noch andere Bezugsquellen. Ob sie sich das mal nicht zu einfach macht, denn in Deutschland gibt es bisher noch keine Terminals, welche die großen amerikanischen Flüssiggastanker entladen könnten. Vordergründig richten sich die Sanktionen der Amerikaner gegen Russland, aber Deutschland ist zwischen allen Fronten. Am Ende einer Eskalation kann es nur Verlierer geben. Nach dem deutschen Ausstieg aus dem Kohleabbau ist anscheinend Erdgas die „neue Kohle“. Erdgas ist zwar nicht klimaneutral, aber zumindest deutlich klimafreundlicher. Die Stadtwerke Erlangen z.B. rüsten von Braunkohle auf Gas um und wollen in den nächsten Jahren 30.000 Tonnen CO₂ im Jahre sparen. Den Wechsel von Kohle auf Gas will Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) massiv subventionieren. Das wird für die künftig benötigten Mengen an Strom, der ununterbrochen Sommer und Winter verfügbar sein muss, nicht reichen. Kernkraft ist z.Zt. ein Reizwort und es wird einen Aufschrei geben, wenn man es heute in die Diskussion wirft. In der Politik gibt es da aber bereits einige, die anregen, mal darüber nachzudenken.

Eine namhafte Jury wählte kürzlich das Wirtschaftswort 2019 – **Klimakrise**. Besser wäre Klimapanik oder Klimahysterie gewesen. Gretas Mentor (Ingmar Rentzhog) verdient noch immer glänzend mit den PR-Kampagnen seines Schützlings als Promoter der Firma „We Dont Have Time AB“. Diese Firma betreibt ausschließlich PR für die Pariser Verträge und die CO₂-Agenda zur Klimarettung, welche die CO₂-Zertifikate in die Welt gerufen hat. Dahinter stehen Aktivisten von „Extinction Rebellion“, einer linksradikalen Umweltschutzbewegung. Als vorgeschobenes Zugpferd für Spendengelder kann die perfekt gemanagte Greta noch immer linksgrün-indoktrinierte Menschen begeistern. Das 54 Mrd. € Klimapaket der Bundesregierung ist ein Trick, um die Deutschen zu beruhigen, Ihnen aber gleichzeitig das Geld aus der Tasche zu ziehen, aber kein Maßnahmenkatalog, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die Politiker suggerieren dem Bundesbürger, sich massiv beim Klimawandel einzuschränken. So gehen wir mit gutem Beispiel voran und die Welt geht nicht unter. Fakt ist, dass wir Deutschen bei der Bewältigung des Klimawandels im unteren Mittelfeld der EU liegen und können wohl nicht ernsthaft erwarten, dass andere Nationen uns als Vorreiter sehen. Wenn wir auf E-Mobilität und Grünstrom umsteigen, wird mit Sicherheit irgendwo auf der Erde die Nachfrage nach Öl ansteigen. Das Öl werden die Scheichs bestimmt nicht in der Erde lassen. Die Extraktionskosten liegen bei ca. 7–12 Dollar / Barrel (159 Liter)¹. Wenn man den Weltmarktpreis sieht, der im Augenblick bei 59,40 Dollar / Barrel², werden die ölproduzierenden Länder auch künftig nicht am Hungertuch nagen. Deutschland kocht sein Klima-Süppchen auf kleiner Flamme. Wenn wir an die CO₂-Verordnung denken (die letztes Jahr in Brüssel für Autos beschlossen wurde), dann wird es den deutschen Herstellern wohl kaum möglich sein, bis 2030 Autos zu bauen, die lediglich 2,2 Liter Diesel verbrauchen. Da jeder sechste Arbeitsplatz von der Automobilindustrie abhängig ist, wird damit automatisch unser Wohlstand aufs Spiel gesetzt. Wenn die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in diesem Jahr ihren Klimaplan präsentiert, könnte sie damit die deutschen Pläne marginalisieren. Mit Bio-Essen, Bahnfahrten statt Inlandsflügen, Tempolimit, Atomausstieg und vielen anderen Maßnahmen werden keine Klimaziele erreicht. Mit Subventionsmilliarden für die Bahn hat die Politik erneut Steuergelder verbrannt. Die entsprechenden Politiker müssen von ihrer politischen Korrektheit weg und mit Hirn radikale Maßnahmen ergreifen, damit Deutschland im Klimapolitik-Ranking der Umweltorganisation

¹ Quelle: Wirtschaftswoche vom 15.12.2014

² Quelle: Handelsblatt vom 27.01.2020 (Nordseesorte Brent)

Germanwatch sich von Stelle 27 (hinter Ägypten, Brasilien, Ukraine) enorm verbessert. Wenn das Marburger Max-Planck-Institut den Futterzusatzstoff 3-Nitrooxypropanal entwickelt hat, damit das Klimagas im Pansen der sich oral und rektal artikulierenden Kuh (dadurch entweicht Methan in die Erdatmosphäre) um ein Drittel reduziert wird, mag das klimapolitisch sinnvoll sein. Es lässt sich nicht genau sagen, wie hoch die Klimabelastung durch Methanquellen ist. Man muss an die Permafrostböden in Sibirien denken, die amerikanischen Frackingfelder, Turkmenistan am östlichen Ufer des Kaspischen Meeres sowie die Ölförderregion im venezuelanischen Maracaibo-See. Der irische Forscher John Tyndall befasste sich schon in den 1860-iger Jahren mit dem Thema, wie Methan und andere Gase in der Atmosphäre die Wärmeabstrahlung von der Erde verhindern und bewies damit den Treibhauseffekt. Mit 72 Mio. Tonnen CO₂-Ausstoß ist die Landwirtschaft ein vergleichsweise kleiner Klimasünder. Zwischenzeitlich glauben die Wissenschaftler, das bei der Erdgasförderung ungewollt Methan entweicht (ein sog. „Methan-Schlupf“). Methan baut sich schneller ab als CO₂, ist aber um 25-30 mal schädlicher als CO₂. Die deutsche Industrie stieß 2017 200 Mio. Tonnen CO₂ aus. Hier muss die Politik ansetzen und mit steuerlichen Anreizen Investitionen für die nächsten Jahre fördern (z.B. neuer Wasserstoff-Hochofen bei ThyssenKrupp). Gelingt uns Deutschen die Klimawende nicht, wird es (lt. WiWo Nr. 51 Ausgabe 6.12.2019) ab 2021 gemäß EU Climate Action Regulation teuer. Strafen bis 60 Mrd. € wären dann bis 2030 möglich.

Ab Juli dieses Jahres übernimmt Deutschland den **EU-Ratsvorsitz**. Ab da kann man zeigen, dass deutsche Politiker es verstehen, optimale Politik für europäische Firmen und Menschen zu machen. Wir Deutschen haben keinen Sonderstatus in Europa und haben auch nicht das Recht, anderen Bündnispartnern einen schwarzen Peter zuzuweisen. Im europäischen Sinne müssen wir die Wirtschafts- und Währungsunion stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder stabilisieren. Deutschland muss im Sinne Europas seinen Amtsschimmel mit einem Hinweisschild „Out of Order“ in die Ecke stellen (dazu gehört z.B. auch die ab dem 01.01.2020 eingeführte Bonpflicht in Deutschland). Die nationalen Baustellen sind auch internationale und unter deutschem Ratsvorsitz wird sich herausstellen, ob Maßnahmen ergriffen worden sind im Sinne der europäischen Zukunft.

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die Energiewende lässt bestimmte Rohstoffpreise in die Höhe schießen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat dem Kabinett die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ vorgelegt und dieses soll noch in diesem Monat darüber beschließen. Auf 41 Seiten geht es um Kreditgarantien für Rohstoffprojekte, Kooperation mit rohstofffördernden Ländern u.v.a.m.. Man spricht auch nicht über die Verfügbarkeit von Kobalt, Kupfer, Germanium (für Glasfasernetze), Mangan, Selen, Molybdän, seltene Erden (Hauptlieferant China) u.a.m., sondern um den Zugang zu diesen Rohstoffen.

Die **Nickel**-Preise, die im Oktober und November gefallen sind, konnten sich erholen (wobei die Spekulanten sicherlich nicht ganz unschuldig sind). In Relation zu dem Preisverlust bei Nickel wurden die Bestände an der LME wieder kräftig aufgestockt (siehe nachstehende Tabelle). Bis zum Ende des ersten Quartals wird es deshalb keine Überraschung beim Preis weder nach oben noch nach unten geben. Über das gesamte Jahr 2019 sackte der **Molybdän**-Preis um knapp 25% ab. Der Trend ist gestoppt und wir haben bis Ende März zumindest gleichbleibende Preise. Der

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	11/19	668	01/19	797	683	690	→									
4301	02/19	1.474	11/19	2.075	1.724	1.737	↑									
4310	02/19	1.390	11/19	1.917	1.607	1.619	↑									
4404	02/19	2.283	10/19	3.113	2.514	2.536	↑									

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2019		2019		2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/19	290	04/19	355	290											
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	01/19	940	08/19	1.110	950											
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	01/19	1.420	08/19	1.610	1.460											

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team